

Kommunales Wahlprogramm
Bündnis Sahra Wagenknecht – Vernunft und Gerechtigkeit (BSW)
Oberhausen/Mülheim

Inhaltsverzeichnis

1. Oberhausen bleibt Friedensstadt	S. 1-2
2. Wirtschaft und Arbeit	S. 2-3
3. Bildung: chancengerecht, wohnortsnah, zukunftsfähig	S. 3-4
4. Gesundheit, Pflege und Teilhabe	S. 4-6
5. Bezahlbares Wohnen in Oberhausen – Grundrecht statt Ware	S. 6-7
6. ÖPNV – sicher, bezahlbar und verlässlich	S. 7-7
7. Digitalisierung mit Vernunft	S. 8-9
8. Corona-Aufarbeitung	S. 9-10

1. Oberhausen bleibt Friedensstadt

Das Bündnis Sahra Wagenknecht lehnt Waffenexporte in Kriegs- und Krisengebiete ab. Statt die Kriege zu verlängern, müssen wir politische Lösungen ermöglichen: durch einen sofortigen Waffenstillstand in Gaza und in der Ukraine, durch diplomatische Initiativen für Frieden und durch Abrüstung statt Aufrüstung. Die Bundesregierung darf sich nicht länger an völkerrechtswidrigen Militärkampagnen beteiligen oder diese politisch decken. Wer internationale Haftbefehle ignoriert und Krieg durch Rüstung fördert, macht sich mitverantwortlich. Unsere Gesellschaft braucht nicht mehr Marschbereitschaft, sondern eine neue Friedensordnung.

Oberhausen steht seit 1983 für eine solche Friedenshaltung: als offiziell atomwaffenfreie Stadt, mit einem klaren Bekenntnis zur Abrüstung und zum Dialog. Der heutige Friedensplatz – einst Adolf-Hitler-Platz – ist Ausdruck dieses Wandels. Eine Gedenkplatte mit der Aufschrift „Atomwaffenfreie Stadt“ erinnert dort an die große Friedensbewegung der frühen 1980er Jahre, als über 500.000 Menschen im Bonner Hofgarten demonstrierten. Diese Erinnerung ist Auftrag. Wir wollen diesen Ort wieder mit Leben füllen – durch Mahnwachen, Reden, Bildung und konkrete Aktionen. Friedenspolitik braucht Präsenz im Alltag, nicht nur in Resolutionen.

Der Rückblick auf die NS-Zeit zeigt, wohin Kriegsrhetorik und ideologische Militarisierung führen können. Die „Operation Barbarossa“ steht für den Moment, in dem Deutschland letztmals kriegstüchtig gegen Russland war – mit Millionen Toten. Heute hören wir wieder Begriffe wie Kriegsfähigkeit, Wehrhaftigkeit, Verteidigungsindustrie. Wir stellen uns dieser Entwicklung entgegen. Keine Bundeswehr an Schulen. Keine Rekrutierungsstände auf Berufsmessen. Stattdessen zivile Friedensbildung – als Kontrast zur Normalisierung des Krieges.

Viele Oberhausenerinnen und Oberhausener mit familiären Wurzeln in muslimisch geprägten Ländern verfolgen den Gaza-Krieg mit Entsetzen. Sie verlieren Angehörige, sie fühlen sich im Stich gelassen, und sie hören von deutschen Spitzenpolitikern Worte wie „Drecksarbeit“ – als würde das Töten gerechtfertigt. Diese Sprache verletzt. Sie spaltet. Sie gehört nicht in unsere Stadt. Wir fordern von der Stadt Oberhausen eine klare Distanzierung von solcher Rhetorik und eine solidarische Haltung gegenüber allen Betroffenen von Gewalt und Krieg.

Ebenfalls kritisch sehen wir die Übernahme der sogenannten IHRA-Definition (International Holocaust Remembrance Alliance) durch die Stadt zur Bekämpfung von Antisemitismus. Sie wird bundesweit genutzt, um legitime Palästina-Solidarität pauschal als antisemitisch darzustellen und öffentliche Kritik an israelischer Politik zu unterdrücken. Wir fordern differenziertes Denken: Antisemitismus bekämpfen – ja, aber ohne pauschale Stigmatisierung politischer Meinungsäußerung. Deshalb befürworten wir die Jerusalemener Erklärung zum Antisemitismus, die im wissenschaftlichen Kontext entwickelt wurde und antisemitische Vorfälle klar, aber sachlich abgrenzt.

Das BSW versteht sich nicht nur als Partei, sondern als Teil einer engagierten Friedensbewegung. Wir arbeiten eng mit dem Friedenspolitischen Forum Oberhausen, der VVN, der DFG-VK und

auch mit den friedensbewegten Vertretern aus den Gewerkschaften zusammen. Gemeinsam schaffen wir Räume für Diskussion, Bildung und Protest. Wir werden Initiativen ermöglichen, die sich für Waffenstillstand, Abrüstung und friedliche Koexistenz einsetzen – in Gaza, in der Ukraine, und hier in Oberhausen. Friedensstadt bleibt Friedensstadt.

Gemeinsam mit der VVN fordern wir daher, den 8. Mai – den „Tag der Befreiung“ – als gesetzlichen Feiertag in Deutschland einzuführen. Der 8. Mai 1945 markiert den Sieg der Alliierten über das faschistische Deutschland und steht für das Ende von Krieg, Vernichtung und Terror in Europa. Er kann Ausgangspunkt einer demokratischen, antifaschistischen Gedenkkultur sein, die in Zeiten hysterischer Kriegsrhetorik notwendiger denn je erscheint.

Der Friedensplatz in Oberhausen – mit seinen vielen Erinnerungszeichen – mahnt und inspiriert zugleich. Unser Vorschlag: Am 8. Mai 2026 veranstalten wir dort ein „Fest der Befreiung“, gemeinsam mit Verbänden, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen der Stadt. Es soll ein Ort der Erinnerung, des Lernens und des Miteinanders sein – gegen das Vergessen und für den Frieden.

2. Wirtschaft und Arbeit

Oberhausen ist mit über 2 Milliarden Euro Schulden faktisch pleite. Einer rekordverdächtigen Pro-Kopf-Verschuldung von 10.000 Euro (41.000 wenn man die Schulden von EU, Bund und Land mitzählt) steht eine unterdurchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung (BIP) von nur 30.000 Euro gegenüber. Mit dem Haushalt 2025 hat die Stadt weitere 120 Millionen Euro zusätzliche Kredite aufgenommen – die Verschuldungsspirale dreht sich immer schneller.

Um es positiv zu sehen: Oberhausen ist bereits dort angekommen, worauf der Rest Europas zusteuert. Wir könnten also Vorbild bei der Krisenlösung werden – oder uns wenigstens einen Vorsprung erarbeiten, wenn wir die Situation begreifen und die Chancen ergreifen.

Oberhausen braucht kreative Lösungen – auf mehreren Ebenen:

2.1 Gelder von NRW nach Oberhausen verlagern

Unter den Begriffen „Altschuldenlösung“, „Konnexitätsprinzip“ und „faire Beteiligung am Steueraufkommen“ fordern wir, dass Städte wie Oberhausen endlich die Mittel bekommen, die ihnen zustehen. Mit dem neuen Sondervermögen des Bundes könnte auf einen Schlag alle kommunalen Schulden tilgen. Unsere Forderung: Kitas und Krankenhäuser statt Kanonen und Krieg!

Das Sondervermögen muss den Bürgerinnen und Bürgern zugutekommen – nicht den Profiten der Rüstungsindustrie.

2.2 Alle Ausgaben auf den Prüfstand

Der städtische Haushalt umfasst rund 1 Milliarde Euro jährlich. Hier kann es immer wieder zu Ineffizienzen kommen. Wir fordern maximale Transparenz über alle Ausgaben, damit Bürgerinnen und Bürger Sparpotenziale erkennen und melden können. Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Auch die städtischen Unternehmen müssen sich selbst tragen – aktuell liegt ihr Defizit bei 95 Millionen Euro.

2.3 Wirtschaftsförderung und Unternehmensansiedlung

Mehr Unternehmen bedeuten mehr Arbeitsplätze und Steuereinnahmen. Die Lage Oberhausens ist hervorragend – Autobahnen, Schienennetz, Binnenhafen. Doch die extrem hohen Gewerbesteuerhebesätze (580 %) schrecken Unternehmen ab. Wir fordern:

- Senkung der Gewerbesteuer auf Normalniveau (z.B. 480% wie Essen, bedeutet zunächst 26 Mio Mindereinnahmen).
 - Premium-Service für Gründer, Selbstständige und KMU (kleine und mittlere Unternehmen) – weniger Bürokratie, mehr Unterstützung.
- Die Stadt muss helfen, nicht hindern – und darin Vorbild werden.

2.4 Ehrliche Maloche ist keine Schande!

Oberhausen ist die größte Stadt Deutschlands ohne Hochschule. Das muss kein Nachteil sein. Wir setzen auf praxisnahe Ausbildung:

- Starke Ausbildung in Handwerk und Dienstleistung.
- Fachkräfte als Standortvorteil.

2.5 Die richtigen Anreize setzen

Wer Leistungen von der Stadt bezieht und arbeiten kann, soll etwas zurückgeben – etwa durch gemeinnützige Tätigkeiten im Stadtbild. Wir müssen Chancen bieten und aktiv Hilfe leisten, aus dem Leistungsbezug in die Eigenverantwortung mit Selbstwertgefühl zurück zu finden. Wer die Hilfe der Gemeinschaft benötigt, soll sie schnell und angemessen bekommen.

2.6 Gemeinsam für das Gemeinwohl

Viele soziale Aufgaben – Betreuung, Pflege, Ernährung – sind für gewinnorientierte Unternehmen unattraktiv. Wir wollen deshalb mit städtischer Unterstützung Initiativen, Vereine und Genossenschaften aufbauen, die gemeinwohlorientiert arbeiten und sich langfristig selbst tragen – für solidarische Strukturen, die die Grundversorgung sichern.

3. Bildung: chancengerecht, wohnortsnah, zukunftsfähig

Das Bündnis Sähra Wagenknecht setzt sich für eine starke und gerechte Bildungslandschaft in Oberhausen ein. Bildung ist der Schlüssel zu individueller Entfaltung, gesellschaftlicher Teilhabe und wirtschaftlicher Entwicklung – und damit zentral für die Zukunft unserer Stadt.

Wir wollen ein Bildungssystem, das alle mitnimmt, nach oben durchlässig ist und sozialen Aufstieg fördert. In den Gremien der Stadt werden wir uns dafür einsetzen, dass das Land Nordrhein-Westfalen seiner Verantwortung gerecht wird: Es muss seine gesetzlichen Verpflichtungen erfüllen, den Bildungsbereich personell und finanziell besser ausstatten und die Rahmenbedingungen an die Anforderungen der Zukunft anpassen.

Wir fordern vom Land NRW:

- den flächendeckenden Ausbau von Kita-Plätzen
- den gebührenfreien Ganzttag in Kitas und Schulen
- kleinere Lerngruppen mit ausgebildetem Fachpersonal
- mehr Erzieherinnen und Erzieher sowie Lehrerinnen und Lehrer an allen Bildungseinrichtungen

Die Stadt Oberhausen trägt Verantwortung für die Qualität vor Ort. Deshalb setzen wir uns ein für:

- längeres gemeinsames Lernen über die Grundschule hinaus
- wohnortnahe Schulen mit integrativen Förderangeboten, die herkunftsbedingte Nachteile ausgleichen
- Förderung statt Auslese: Schulen der Sekundarstufe I, die alle Abschlüsse ermöglichen – ohne soziale Abstufungen
- sanierte, moderne Lern- und Aufenthaltsräume für gute Bedingungen im Schulalltag
- Handyverbote an Grundschulen sowie die Möglichkeit zur Handy-Regulierung für die Klassen 5–13 über die Schulkonferenz
- konsequente Sprachförderung in der Unterrichtssprache Deutsch als Schlüssel zur Bildungs- und Integrationsgerechtigkeit

Eine zukunftsfähige Bildungslandschaft braucht darüber hinaus attraktive Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten im Bildungsbereich – insbesondere durch eine leistungsgerechte Besoldung, damit sich pädagogisches Engagement lohnt und langfristig gesichert ist. Ebenso fordern wir die gezielte Förderung und bessere Studienbedingungen für pädagogische Berufe an den Hochschulen. Der Lehrerberuf muss wieder attraktiv werden – durch Wertschätzung, Planbarkeit und Entlastung.

Ein zentrales Instrument hierfür ist eine Stellenreserve von mindestens 7 %, um Unterrichtsausfall, Lückenstopfen und provisorische Betreuung zu vermeiden. Der derzeitige Stellenplan des Landes NRW, der sich allein an Stundentafeln, Pflichtstunden und Klassengrößen orientiert, verkennet den tatsächlichen Bedarf in der Praxis: Es fehlen Puffer für Vertretungen bei Krankheit, Elternzeit, Schwangerschaft, Fortbildung oder plötzlichen Notsituationen. Hinzu kommen zusätzliche Herausforderungen durch die Aufnahme geflüchteter Kinder aus Kriegsgebieten – oft aus Regionen, in denen mit deutschen Waffen eingesetzt werden – sowie durch Zuwanderung und die nötige Umverteilung zwischen Schulformen.

Wir stehen für eine Bildungslandschaft, die nicht spaltet, sondern verbindet – für alle Kinder, Jugendlichen und Familien in Oberhausen. Dafür suchen wir Mitstreiterinnen und Mitstreiter, Verbündete und Unterstützerinnen und Unterstützer in Politik, Schule und Gesellschaft.

4. Gesundheit, Pflege, Teilhabe

Gesundheit ist ein Grundrecht – kein Geschäftsmodell.

Das Bündnis Sobra Wagenknecht steht für ein Gesundheitswesen, das sich an den Bedürfnissen der Menschen und nicht an den Profitinteressen privater Konzerne orientiert. Wir setzen uns für den Erhalt und den Ausbau eines flächendeckenden, gemeinwohlorientierten Gesundheitswesens ein. Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und Gesundheitszentren gehören in öffentliche oder gemeinnützige Hand.

Gesundheit ist neben individuellen Faktoren wie Alter, Geschlecht und Erbanlagen in Deutschland zu einem erheblichen Teil vom sozioökonomischen Status (Eigentumsverhältnisse, Einkommen, Bildung, Schulabschluss, Beruf, Wohnort) und dem Lebensraum des jeweiligen Menschen abhängig. Das heißt, neben den individuellen Faktoren entscheiden die

Rahmenbedingungen in den Lebenswelten von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen über Gesundheit und Krankheit.

Wir fordern kostenfreie Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung, um Aufklärung und Sensibilisierung für einen gesunden Lebensstil zu ermöglichen – etwa durch Informationsveranstaltungen und kostenfreie Bewegungsangebote über die VHS, dem Stadtsportbund oder Vereine. Insbesondere sozial benachteiligte Gruppen (Geringverdiener, Bürgergeldbeziehende) müssen davon profitieren, da sie ein erhöhtes Krankheitsrisiko und eine geringere Lebenserwartung haben.

Die Gesundheitsgefährdung ist in Oberhausen im Vergleich zum NRW-Durchschnitt besonders hoch. Als Ursachen gelten u. a. die räumliche Verdichtung und die Verkehrsdichte. In den Jahren 2016–2020 wurde eine Übersterblichkeit bei folgenden Erkrankungen über dem Landesdurchschnitt festgestellt: 29 % bei Lebererkrankungen, 21% bei Herzerkrankungen und 20% bei Lungenerkrankungen (z. B. COPD).

Umweltbezogene Gesundheitsrisiken in Oberhausen bestehen bei:

- Hitze: besonders betroffen sind Kleinkinder, Hochaltrige, Schwangere und Menschen mit Vorerkrankungen.

Unsere Forderung: Ausweitung der Grünflächen, Rückbau versiegelter Flächen, Aufstellen von Trinkbrunnen.

- Luft: Feinstaubbelastung durch Verkehr, Industrie, Abfallverbrennung, Heizung.

Unsere Forderung: Messungen an sensiblen Orten (Kitas, Schulen), Krisenpläne bei hoher Belastung.

- Lärm: Verkehrslärm erhöht das Risiko für Schlafstörungen, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Bluthochdruck.

Unsere Forderung: verkehrsberuhigte Zonen, Ausbau des ÖPNV, Flüsterasphalt.

Kindergesundheit

Laut Schuleingangsuntersuchung 2023/24 sind 4,9% der Kinder übergewichtig, 4,8% adipös, 8,6% sind untergewichtig und 4,9 stark untergewichtig. Untergewicht kann ein körperliches Symptom von Vernachlässigung sein.

Die körperliche Fitness ist häufig eingeschränkt, besonders bei Kindern aus einkommensschwachen Familien.

Wir fordern: ein gesundes, warmes Mittagessen in Kitas und Schulen, mehr Bewegungsangebote für Kinder und Jugendliche, Ernährungsberatung für Eltern.

Ambulante Versorgung

Ein hoher Anteil der Hausärzte in Oberhausen geht bald in Rente. Gleichzeitig steigt der Bedarf, ähnlich bei Zahnärzten. Aufgrund unserer Zweiklassenmedizin wird ein Versorgungsengpass die Situation der Kassenpatienten deutlich verschlechtern.

Deshal fordern wir kommunale Medizinische Versorgungszentren (MVZs) in allen Stadtteilen – mit Teams aus Ärzten, Pflegekräften, Psychotherapeut:innen, Laboren, Apotheken, Ergo-, Logo- und Physiotherapeut:innen.

Vorteile: kein finanzielles Risiko für junge Ärzte, gemeinsame Infrastruktur, bessere Kooperation stationär/ambulant.

Krankenhäuser

Keine weitere Privatisierung oder Schließung von Kliniken. Der Bestand aller fünf Krankenhäuser in Oberhausen muss erhalten bleiben.

Pflege

Wir fordern:

- Pflegekostendeckel, damit Pflege nicht zur Armutsfalle wird
- mehr Kurzzeit-, Tages- und Nachtpflege
- Entlastung pflegender Angehöriger (höheres Pflegegeld, Lohnersatz, weniger Bürokratie)
- ambulante Pflege in gemeinnütziger Trägerschaft
- faire Bezahlung, bessere Arbeitsbedingungen, mehr Personal
- Stärkung der Pflege in kommunaler Verantwortung

5. Bezahlbares Wohnen in Oberhausen – Grundrecht statt Ware

Wohnen ist ein grundlegendes Bedürfnis und ein soziales Recht. Doch auch in Oberhausen wird dieses Recht immer stärker bedroht: Mieten steigen, günstiger Wohnraum verschwindet, und die öffentliche Hand hat sich zu lange aus der Verantwortung zurückgezogen. Besonders Menschen mit geringem Einkommen, Rentnerinnen und Rentner, Alleinerziehende und junge Familien geraten dadurch zunehmend unter Druck. Die Stadt darf das nicht länger hinnehmen – Wohnen gehört zur öffentlichen Daseinsvorsorge. In den letzten 20 Jahren ist der Bestand an geförderten Wohnungen in Oberhausen um 30 Prozent gesunken.

Immer mehr Mietverträge enthalten Indexklauseln, die Mieten automatisch mit der Inflation steigen lassen – eine reale Belastung in wirtschaftlich angespannten Zeiten. Das ist unsozial und trifft genau die, die am wenigsten ausweichen können.

Das BSW fordert deshalb einen grundlegenden Kurswechsel. Die Stadt muss wieder aktiv eingreifen und bezahlbares Wohnen zur Priorität machen. Öffentliche Grundstücke dürfen nicht weiter an profitorientierte Investoren verkauft werden. Stattdessen sollen sie gezielt an gemeinnützige Wohnungsunternehmen und Genossenschaften vergeben werden. Sozialer Wohnungsbau muss in allen Stadtteilen stattfinden – dezentral, integriert und dauerhaft bezahlbar.

Besonderen Wert legen wir auf die Förderung von Wohnungsbaugenossenschaften. Dieses Modell sichert stabile Mieten, demokratische Mitbestimmung und verhindert Spekulation. Die Stadt sollte Genossenschaften mit günstigen Flächen, Zuschüssen und fachlicher Beratung unterstützen – für ein solidarisches, langfristig gesichertes Wohnen.

Auch bestehender Wohnraum muss besser genutzt werden. In Oberhausen stehen Wohnungen leer – oft aus spekulativen Gründen. Wir fordern ein kommunales Leerstandskataster und konsequente Maßnahmen gegen zweckentfremdeten Leerstand – bis hin zur Zwischennutzung oder Enteignung im Rahmen des geltenden Rechts.

Energetische Sanierungen dürfen nicht zur sozialen Verdrängung führen. Klimaschutz ist wichtig – aber nur sozialverträglich. Wir setzen uns für faire Kostenregelungen, geförderte Programme mit Mietpreisbindungen und ein Verbot von Luxussanierungen im einfachen Wohnraum ein.

Oberhausen braucht eine neue Wohnungspolitik – bezahlbar, gemeinwohlorientiert und sozial gerecht. Wir wollen eine Stadt, in der niemand wegen Mieterhöhungen umziehen muss. Eine Stadt, in der Wohnraum nicht nur dem Markt überlassen wird. Dafür steht das Bündnis Sahara Wagenknecht (BSW).

6. ÖPNV – sicher, bezahlbar und verlässlich

Wir in Oberhausen, mit fast 214.000 Einwohnern, sind auf einen funktionierenden und pünktlichen ÖPNV dringend angewiesen. Das ist hier mehr als lebenswichtig.

Unsere Stadt wird von Autobahnen wie der A3, A2, A42 und A516 geprägt. Durch langfristige Baumaßnahmen an den Autobahnen und ausweichenden Individualverkehr auf innerstädtische Straßen – bei gleichzeitig verzögerten Straßenbaumaßnahmen – ist der Zusammenbruch des Verkehrs tagtäglich gegeben.

Sichere und pünktliche ÖPNV-Verbindungen lassen sich nur dauerhaft realisieren, wenn es separate Busspuren gibt, um an Staus vorbeizufahren. Ein Paradebeispiel: die Verbindung zwischen Oberhausen Hauptbahnhof und dem Bahnhof Sterkrade. Ein weiterer wichtiger Baustein ist der geplante, aber jahrelang verschleppte Bau der Linie-105-Trasse. Auch die Reaktivierung ehemaliger Bahnstrecken – etwa nach Walsum – darf nicht länger hinausgeschoben werden.

Ebenso muss in die Sauberkeit an Haltestellen investiert werden. Der erste Eindruck einer Stadt entsteht oft dort. Auch Barrierefreiheit muss funktionieren – Teilhabe gibt es nur mit intakten Aufzügen und Rolltreppen.

Mit der Einführung des Deutschlandtickets und des eazy-Tickets wurde vielen Menschen der Zugang zum ÖPNV erleichtert. Doch das reicht nicht. Das beste Modell bleibt ein großer Verkehrsverbund im Regionalverband Ruhr, in dem alle kommunalen Verkehrsgesellschaften eingebracht werden. Das spart Verwaltung, vermeidet Doppelstrukturen und verbessert den Service für Fahrgäste.

Zentrale Ausschreibungen für Busse, Bahnen, Gleise usw. ermöglichen günstigere Konditionen und machen neue Trassen einfacher planbar. Das gilt auch für zentralisierte Werkstätten, die allen Kommunen zur Verfügung stehen.

Wir fordern:

- Ein gemeinsamer Fahrdienstbetrieb mit tariflich entlohnenden Fahrerinnen und Fahrern
- Faire Bezahlung und sichere Arbeitsplätze im öffentlichen Verkehr
- Auf lange Sicht: ein kostenfreier ÖPNV zur echten Mobilitätswende

Ein moderner Nahverkehr hilft, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, die Innenstädte zu entlasten und allen Menschen in Oberhausen Mobilität zu ermöglichen – unabhängig vom Geldbeutel.

7. Digitalisierung mit Vernunft

Wir wollen eine Stadt, in der Digitalisierung kein Zwang, sondern eine Hilfe ist. In der Bürger frei bleiben, nicht kontrolliert werden. In der der Politik und Verwaltung sich erklären, statt sich zu entziehen. Oberhausen kann Vorreiter sein – wenn wir Digitalisierung nicht technokratisch, sondern menschlich und kritisch gestalten, damit Wahlfreiheit, Datenschutz und gesellschaftliche Resilienz nicht auf der Strecke bleiben.

Immer mehr Bürger erleben digitale Systeme als Hürde, als Zwang oder als Übergriff. Wir sagen: Digitalisierung darf kein Unterwerfungsinstrument sein. Sie muss den Menschen helfen, ihnen dienen und sie entlasten.

Die Forderungen des BSW:

7.1 Recht auf analoge Teilhabe garantieren

jede digitale Leistung braucht ein analoges Gegenstück. Immer mehr städtische Dienstleistungen sind ausschließlich online nutzbar – ohne gesetzliche Grundlage. Menschen ohne Internet oder mit Digitaldistanz werden systematisch ausgeschlossen. Eine echte analoge Alternative fehlt.

7.2 Bargeld-Infrastruktur aktiv schützen

Automaten sichern, Bargeldzahlungen bei der Stadt möglich machen. In vielen Stadtteilen gibt es kaum noch Geldautomaten. Bargeld – als Symbol für Freiheit und Selbstbestimmung – wird verdrängt, ohne dass Oberhausen sich aktiv für den Erhalt einsetzt.

7.3 Bildung evidenzbasiert digitalisieren

Technik reduzieren, Medienkompetenz stärken. Trotz warnender Studien wurden über 26 Mio. € in die Schul-Digitalisierung investiert. Doch Prävention gegen Bildschirmabhängigkeit? Fehlanzeige. Pädagogik weicht Technik. Die Schulen brauchen Autonomie, nicht Technikdiktat.

7.4 Staatliche Algorithmen offenlegen

Entscheidungssysteme müssen nachvollziehbar und anfechtbar sein. Ob Bürgerportale, Gesundheitsakten oder algorithmische Zuteilungen (z. B. Kita): Bürger werden vollständig durchsichtig – während Entscheidungsprozesse, Datenflüsse und Zuständigkeiten immer undurchsichtiger werden.

7.5 Hybride Systeme aufbauen

Kein digitales System ohne analoge Absicherung. Ein Stromausfall, ein Hackerangriff oder ein Softwarefehler können Verwaltung, Kliniken oder Schulen lahmlegen. Analoge Backup-Strukturen oder Notfallpläne? In Oberhausen de facto nicht vorgesehen.

7.6 Kommunale Datenhoheit sichern

Die Stadt nutzt Systeme großer US-Konzerne (Microsoft, Google, AWS), oft ohne klaren Überblick, wo welche Daten gespeichert oder verarbeitet werden. Es gibt keine kommunale Datenhoheit und keine öffentlich einsehbare Übersicht über Datennutzung.

7.7 Bürgerdatenschutz modernisieren

DSGVO-Auskunft jährlich, interner Datentransfer mit Zustimmung. Beispiel Grundsteuer: Bürger müssen Daten mehrfach eintippen, die die Stadt längst hat – aber nicht intern abrufen darf. Datenschutz wird so zur Hürde für Bürger, nicht zur Hilfe. Gleichzeitig fehlen bürgerfreundliche Maßnahmen wie automatische DSGVO-Selbstauskünfte.

8. Corona-Aufarbeitung

Das BSW fordert auch auf kommunaler Ebene eine umfassende, ehrliche und bürgernahe Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen unter Einbeziehung aller verantwortlichen Entscheidungsträger vor Ort im Sinne des Gemeinwohls.

Politik, Verwaltung, Gesundheitsämter und Schulleitungen sollen transparent machen, welche freiheitseinschränkende Entscheidungen getroffen wurden und auf welcher Grundlage und warum kritische Stimmen in vielen Fällen ignoriert oder sanktioniert wurden.

Spätestens seit dem Leaken der RKI-Protokolle ist öffentlich dokumentiert, dass die beschlossenen Maßnahmen nicht auf gesicherten wissenschaftlichen Daten basierten, sondern im Sinne politischer Opportunität umgedeutet wurden. Auch in Oberhausen wurden diese Maßnahmen umgesetzt – in einem Klima des blinden Gehorsams. Verantwortungsvoller Abwägung Fehlanzeige.

Das BSW wird sich für eine Aufarbeitung einsetzen, die sich folgenden Grundsätzen verpflichtet:

8.1 Transparente Aufarbeitung & demokratische Kontrolle

- Veröffentlichung einer chronologischen Übersicht aller lokalen Corona-Maßnahmen und ihrer rechtlichen Grundlage.
- Konsequenzen der Kommune aus der RKI-Leak-Debatte mit der Offenlegung, auf welcher Basis lokale Einschränkungen verhängt wurden?
- Kritische Überprüfung und kleinschrittige Evaluierung aller repressiven Maßnahmen

8.2 Rehabilitation und Entschädigung

- Rehabilitation für Menschen mit Berufsverboten aufgrund von Impfstatus oder Maßnahmenkritik (z. B. Pflegekräfte, Lehrer, Ehrenamtliche).
- Prüfung kommunaler Fälle, in denen Grundrechte verletzt oder Maßnahmen ohne Rechtsgrundlage durchgesetzt wurden.
- Entschädigungsfonds prüfen, z. B. für ungerechtfertigte Bußgelder

8.3 Konkrete Unterstützung für Schüler und Jugendliche die durch Lockdowns erhebliche Lernrückstände erlitten haben

- Nachhilfekosten rückwirkend erstatten oder fördern
- Sozialverträglichkeit von Schutzkonzepten hat künftig Vorrang vor technisch Machbarem
- Bereitstellung von Lerncamps, Freizeitpädagogik oder Aufholhilfe durch die Kommune.
- Schulzeugnisse mit pandemiebedingtem Ausfallvermerk, um Nachteile bei Bewerbungen abzumildern.

8.4 Gesellschaftliche Versöhnung & Deeskalation

Rehabilitierung für Maßnahmenkritiker

Veranstaltungen und Gesprächsangebote zum Erfahrungsaustausch mit dem Ziel, Spaltung abzubauen (z. B. mit Pflegekräften, Eltern, Jugend, Einzelhandel).

Schulschließungen und Isolation offen aufarbeiten.

8.5 Bessere Vorsorge für künftige Krisen

- Keine Maßnahmen mehr ohne lokale Datenbasis! Forderung nach evidenzbasierten Eingriffen.
- Aufbau eines kommunalen Ethikbeirats, der bei zukünftigen Maßnahmen mitentscheidet – inkl. Vertreter von Bürgerrecht, Pädagogik, Pflege, Jugend.
- Schulung der Verwaltung in Grundrechtsabwägung, Krisenethik und Remonstrationspflicht von Behördenangehörigen.